# Israel: Armeereservisten verweigern den Militärdienst in den besetzten Gebieten

## „Refusniks": Mut zur Verweigerung - Offener Brief von Soldaten

*Wir, Offiziere der Reserve und Soldaten der israelischen Verteidigungsstreitkräfte,*

*die wir mit den Prinzipien des Zionismus aufgewachsen sind, mit Opferbereitschaft und Hingabe für die israelische Bevölkerung und den Staat Israel*

*die wir alle an der Front gekämpft haben,*

*die wir immer die ersten waren, wenn es galt einen Kampfauftrag, sei er leicht oder schwierig, auszuführen, um den Staat Israel zu schützen und zu stärken;*

*wir, kampferfahrene Offiziere und Soldaten, die wir dem Staat Israel jedes Jahr viele Wochen gedient haben, trotz der Opfer, die dies für unser Privatleben bedeutete, versahen überall in den besetzten Gebieten unseren Reserve-Dienst;*

*wir mussten Aufträge ausführen und Befehlen folgen, die nichts mit der Sicherheit unseres Staates zu tun hatten und die nur einen Zweck hatten: unsere Kontrolle über die palästinensische Bevölkerung auf Dauer zu sichern;*

*wir, deren Augen den Blutzoll gesehen haben, den diese Besatzung von beiden Seiten fordert;*

*wir, die wir spüren, dass unsere Kommandoaktionen in den besetzten Gebieten alle Werte zerstören, mit denen wir in diesem Lande aufgewachsen sind;*

*wir, die wir jetzt begreifen, dass der Preis der Besatzung der Verlust der Menschlichkeit der israelischen Verteidigungsstreitkräfte und die Korrumpierung der gesamten israelischen Gesellschaft ist;*

*wir, die wir begreifen, dass die besetzten Gebiete nicht Israel sind und dass alle Siedlungen letztlich geräumt werden müssen;*

***wir erklären hiermit, dass wir nicht länger diesen Krieg um Siedlungen fortführen dürfen.***

*Wir dürfen den Kampf jenseits der Grenzen von 1967 nicht fortsetzen, um dort ein ganzes Volk zu beherrschen, zu vertreiben, auszuhungern und zu demütigen.*

*Wir erklären hiermit, dass wir weiterhin den israelischen Verteidigungsstreitkräften dienen werden, bei jedem Auftrag, der Israels Verteidigung dient.*

***Die Befehle zu Besatzung und Unterdrückung dienen nicht diesem Zweck - und wir werden sie nicht ausführen.***

*„Combatant Letter 2002", www.friedensratschlag.de* *Übersetzung: Wolfgang Kuhlmann*

## New Profile: Eine Organisation von Kriegsdienstverweigerern in Israel

(…) Die israelische Gesellschaft erschafft ein Weltbild, in der Krieg immer unausweichlich war, ist und sein wird. Krieg ist eine nötige und akzeptable Art der Konfliktlösung.

**New Profile entscheidet sich gegen Krieg.**

New Profile will die israelische Gesellschaft verändern

- von einer militaristischen zu einer zivilen Gesellschaft
-von einer diskriminierenden und unterdrückenden zu einer gleichberechtigten Gesellschaft
- von einer besetzenden Nation zu einem respektvollen Nachbarn

New Profile möchte Israels militärisches Profil durch ein humanistisches und gleichberechtigtes ersetzen.

Wir möchten das Erziehungswesen und die Politik beeinflussen,

- in dem wir ein Schulsystem ändern, das unkritischen Gehorsam lehrt und den Kriegsdienst glorifiziert
- die unkritische Akzeptanz der Armee durch die Gesellschaft kritisieren
- uns für das Lehren von Gewaltprävention und gewaltfreier Konfliktlösung einsetzen
- das Ende der Besatzung der palästinensischen Gebiete und ein Ende der Unterdrückung der palästinensischen Menschen fordern.

*http://www.newprofile.org/showdata.asp?pid=534&language=ge*
*S.auch http://oznik.com/web_masters.html*

# Die israelischen Friedensgruppen

*Zum Beispiel….*
Menschenrechtsorganisation **B´tselem**
**Yesh Gvul**; Israelis bauen die zerstörte Häuser von Palästinensern wieder auf.
Israelis unterstützen Palästinenser bei den Check Points der israelischen Armee, www.machsomwatch.org
**Women in black**
Das **AIC** ist ein Zusammenschluss von Palästinensern und Israelis: www.alternativenews.org
**A Jewish Voice for Peace** http://www.jewishvoiceforpeace.org

**September 2003: Siebenundzwanzig Piloten der israelischen Luftwaffe, davon neun aktive, erklären:**
„Wir, ehemalige und aktive Piloten, die dem Staate Israel gedient haben und noch dienen, sind dagegen, rechtswidrigen und unmoralischen Angriffsbefehlen des Typs zu folgen, wie Israel sie in den [besetzten] Gebieten ausführt... Wir, für die die IDF [die israelischen Verteidigungsstreitkräfte] und die Luftwaffe einen integralen Bestandteil ihres Seins darstellen, weigern uns, weiter unschuldige Zivilisten zu treffen ... Die fortgesetzte Besatzung verletzt zutiefst die Sicherheit des Landes“ und sein moralisches Rückgrat.“
(Ha’aretz 24.9.2003)

# Frieden in Palästina und Israel
## Vorschlag der israelischen Friedensgruppe Gush-Shalom

Mit einem neuen Verständnis der Vergangenheit und der Gegenwart muss das neue Friedenslager einen Friedensplan erarbeiten, der auf folgenden Grundlagen beruht:

Neben Israel wird ein unabhängiger und freier Palästinastaat gegründet.
Die "Grüne Linie" wird die Grenze zwischen den beiden Staaten sein. Mit Zustimmung beider Seiten ist ein begrenzter Gebietsaustausch möglich.

Die israelischen Siedlungen auf dem Territorium des Palästinastaates werden geräumt.

Die Grenze zwischen den beiden Staaten wird nach einer zwischen beiden Seiten vereinbarten Regelung für die Bewegung von Personen und Gütern offen sein.

Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten - West-Jerusalem die Hauptstadt Israels und Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas. Der Staat Palästina wird die vollständige Souveränität in Ost-Jerusalem besitzen, einschließlich des Haram al-Sharif (Tempelbergs). Der Staat Israel wird die volle Souveränität in West-Jerusalem besitzen, einschließlich der West-Mauer ("Klagemauer") und des jüdischen Viertels. Beide Staaten werden ein Abkommen über die physische Einheit der Stadt auf Verwaltungsebene schließen.

Israel wird prinzipiell das Recht der Palästinenser auf Rückkehr als ein unveräußerliches Menschenrecht anerkennen. Die praktische Lösung des Problems wird durch ein Abkommen erreicht, das auf gerechten, fairen und praktischen Erwägungen beruht und die Rückkehr auf das Gebiet des Staates Palästina, auf das Gebiet des Staates Israel und Entschädigungen einschließt.

Die Wasservorkommen werden gemeinsam kontrolliert und in einem gleichberechtigten und fairen Abkommen zugeteilt.

Die Sicherheit beider Staaten wird in einem zweiseitigen Abkommen garantiert, welches die spezifischen Sicherheitsinteressen Israels sowie Palästinas berücksichtigt.

Israel und Palästina werden mit andern Staaten der Region zusammenarbeiten, um eine Nahost-Gemeinschaft nach dem Modell der Europäischen Union zu errichten.

*Die Unterzeichnung eines Friedensabkommens und dessen ehrliche Umsetzung werden zur historischen Versöhnung zwischen den beiden Nationen führen, die auf Gleichheit, Zusammenarbeit und gegenseitiger Achtung beruht.*
*(Hervorhebungen der AGPalästina-*
*aus: 80 Thesen für ein neues Friedenslager, April 2001)*

## Jassir Arafat

# Die Palästinensische Friedensvision

The New York Times, 3. Februar 2002

RAMALLAH. Seit sechzehn Monaten sind Israelis und Palästinenser in einem katastrophalen Zyklus der Gewalt gefangen, einem Zyklus, der nur noch mehr Blutvergießen und Angst verspricht. Dieser Zyklus hat viele zu dem Schluss kommen lassen, dass ein Frieden unmöglich sei, zu einem Mythos, der aus der Ignoranz der palästinensischen Position herrührt. Jetzt ist die Zeit gekommen, dass die Palästinenser deutlich die palästinensische Vision darlegen und dass die Welt aufmerksam zuhört.

Aber lassen Sie mich zuerst eins ganz klar sagen. Ich verurteile die Angriffe, die von terroristischen Gruppen gegen israelische Zivilisten ausgeführt werden. Diese Gruppen repräsentieren nicht das palästinensische Volk oder sein legitimes Streben nach Freiheit. Das sind terroristische Organisationen, und ich bin fest entschlossen, ihren Aktivitäten ein Ende zu setzen.

Die palästinensische Friedensvision ist ein unabhängiger und lebensfähiger palästinensischer Staat auf den von Israel 1967 besetzten Gebieten, der als gleichberechtigter Nachbar neben Israel in Frieden und Sicherheit für das israelische wie für das palästinensische Volk gedeiht. Im Jahre 1988 nahm der Palästinensische Nationalrat eine historische Resolution an, in der die Durchsetzung der relevanten UN-Resolutionen, insbesondere der Resolutionen 242 und 338 eingefordert wurde. Die Palästinenser erkannten Israels Existenzrecht auf 78 Prozent der Fläche des historischen Palästinas unter der Bedingung an, dass es uns erlaubt sein würde, auf den verbleibenden 22 Prozent, die seit 1967 unter israelischer Besatzung stehen, in Freiheit zu leben. Unsere Festlegung auf diese Zwei-Staaten-Lösung bleibt unverändert, aber sie bleibt leider auch unerwidert.

Wir begehren echte Unabhängigkeit und volle Souveränität: das Recht, unseren eigenen Luftraum, die Wasservorräte und die Grenzen zu kontrollieren; das Recht, unsere eigene Wirtschaft zu entwickeln, normale Wirtschaftsbeziehungen mit unseren Nachbarn zu unterhalten und das Recht, frei zu reisen. Kurz, wir begehren nur das, was die freie Welt gegenwärtig besitzt und was Israel nur für sich selbst beansprucht: das Recht, unser Schicksal zu bestimmen und unseren Platz unter den freien Nationen einzunehmen.

Darüber hinaus begehren wir eine faire und gerechte Lösung für die Misere der palästinensischen Flüchtlinge, denen es seit 54 Jahren nicht erlaubt wird, in ihre Heimat zurückzukehren. Wir verstehen die demographische Besorgnis Israels und sehen ein, dass das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, ein Recht, das nach internationalem Gesetz und nach UN-Resolution 194 garantiert ist, auf eine Weise durchgesetzt werden muss, die auf diese Besorgnisse Rücksicht nimmt. Doch ebenso, wie wir Palästinenser hinsichtlich der demographischen Wünsche Israels realistisch sein müssen, muss auch Israel realistisch sein und begreifen, dass es keine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts geben kann, wenn die legitimen Rechte dieser unschuldigen Zivilisten weiterhin ignoriert werden. Eine ungelöste Flüchtlingsfrage hat das Potential, jedes dauerhafte Friedensabkommen zwischen Palästinensern und Israelis zu unterminieren. Wie soll ein palästinensischer Flüchtling verstehen, dass sein oder ihr Recht auf Rückkehr nicht respektiert wird, aber das der Kosovo-Albaner, der Afghanen und Ost-Timoresen respektiert worden ist?

Es gibt einige, die behaupten, ich sei kein Friedenspartner. Als Antwort darauf sage ich, dass das Palästinensische Volk Israels Friedenspartner ist und immer gewesen ist. Frieden ist kein unterzeichnetes Abkommen zwischen Einzelpersonen, er ist die Versöhnung zwischen Völkern. Zwei Völker können sich nicht versöhnen, wenn eines die Kontrolle über das andere verlangt, wenn eines sich weigert, das andere als Friedenspartner zu behandeln, wenn eines mehr der Logik der Macht als der Macht der Logik folgt. Israel muss erst noch begreifen, dass es keinen Frieden haben kann, solange es Gerechtigkeit versagt. Solange die Okkupation palästinensischen Bodens andauert, solange man Palästinensern die Freiheit verweigert, wird der Weg zum "Frieden der Mutigen", den ich mit meinem ehemaligen Partner Jitzhak Rabin eingeschlagen habe, mit Hindernissen übersät sein.

Dem palästinensischen Volk ist seine Freiheit viel zulange verweigert worden, und es ist das einzige Volk auf der Welt, das noch unter fremder Besatzung lebt. Wie ist es möglich, dass die ganze Welt diese Unterdrückung, Diskriminierung und Demütigung toleriert? Das Osloer Abkommen von 1993, unterzeichnet auf dem Rasen des Weißen Hauses, versprach den Palästinensern die Freiheit bis spätestens Mai 1999. Statt dessen hat das palästinensische Volk seit 1993 eine Verdopplung der israelischen Siedler, die Erweiterung illegaler israelischer Siedlungen auf palästinensischem Boden und stärkere Einschränkungen seiner Bewegungsfreiheit erfahren. Wie kann ich mein Volk davon überzeugen, dass Israel es mit dem Frieden ernst meint, während es das vergangene Jahrzehnt über die Kolonisierung palästinensischen Bodens intensivierte, von dem es sich in Verhandlungen angeblich zurückziehen wollte?

Aber kein Grad der Unterdrückung und keine Stufe der Verzweiflung kann die Tötung unschuldiger Zivilisten rechtfertigen. Ich verurteile den Terrorismus. Ich verurteile die Tötung unschuldiger Zivilisten, seien es Israelis, Amerikaner oder Palästinenser, gleichgültig, ob sie von palästinensischen Extremisten, israelischen Siedlern oder durch die israelische Regierung getötet wurden. Aber Verurteilungen halten den Terrorismus nicht auf. Um den Terrorismus zu stoppen, müssen wir begreifen, dass der Terrorismus nur das Symptom, nicht aber die Krankheit ist.

Die persönlichen Angriffe gegen mich, die zur Zeit in Mode sind, mögen sehr wirksam sein, den Israelis eine Rechtfertigung dafür zu liefern, dass sie ihre eigene Rolle bei der Herbeiführung der gegenwärtigen Situation ignorieren. Aber diese Angriffe tragen wenig dazu bei, den Friedensprozess voranzubringen und sie sind tatsächlich auch nicht dazu gedacht. Viele glauben, dass Israels Ministerpräsident Ariel Scharon, in Anbetracht seiner Gegnerschaft gegenüber jedem von Israel jemals unterzeichneten Friedensvertrag, Öl in das Feuer der Unruhen gießt in dem Bemühen, eine Rückkehr zu Verhandlungen auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Bedauerlicherweise hat er wenig dazu beigetragen, ihnen das Gegenteil zu beweisen. Die Praktiken der israelischen Regierung des Siedlungsbaus, der Zerstörung von Häusern, der politischen Morde, der Abriegelungen und des schändlichen Schweigens angesichts der Gewalttätigkeiten israelischer Siedler und anderer tagtäglicher Erniedrigungen sind eindeutig nicht darauf gerichtet, die Lage zu beruhigen.

Die Palästinenser haben eine Friedensvision: Es ist ein Frieden auf der Grundlage der vollständigen Beendigung der Okkupation und der Rückkehr zu den Grenzen Israels von 1967, der Teilhabe an ganz Jerusalem als einer offenen Stadt und als Hauptstadt von zwei Staaten, von Palästina und Israel. Es ist ein warmer Frieden zwischen zwei Gleichgestellten, die sich einer beiderseitig vorteilhaften wirtschaftlichen und sozialen Kooperation erfreuen. Trotz der brutalen Unterdrückung der Palästinenser in den vergangenen vier Jahrzehnten kann, so glaube ich, wenn Israel die Palästinenser als Gleichgestellte ansieht und nicht als unterworfenes Volk, dem es seinen Willen aufzwingen kann, eine solche Vision Wirklichkeit werden. Und sie muss es. Die Palästinenser sind bereit, den Konflikt zu beenden. Wir sind bereit, uns jetzt mit jedem israelischen Führer, ungeachtet seiner Vergangenheit, zusammenzusetzen und Freiheit für die Palästinenser, eine vollständige Beendigung der Okkupation, Sicherheit für Israel und kreative Lösungen für die Misere der Flüchtlinge unter Beachtung der demographischen Besorgnisse Israels auszuhandeln. Aber wir werden nur als Gleichgestellte, nicht als Bittsteller Platz nehmen, als Partner, nicht als Untertanen, als Sucher einer gerechten und friedlichen Lösung, nicht als besiegte Nation, die dankbar ist für jeden Brocken, der uns vorgeworfen wird. Denn trotz Israels überwältigenden militärischen Vorteils besitzen wir etwas noch größeres: die Macht der Gerechtigkeit.

Übersetzung aus dem Englischen: Wolfgang Buddrus
http://www.palaestina.ch/d/report/jassir.html

*Jassir Arafat wurde 1996 zum Präsidenten der Palästinensischen Behörde gewählt und war ebenfalls Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Er ist 2004 gestorben.*

# Palästina Solidaritätsbündnis Hamburg und die ATTAC-Arbeitsgruppe "Palästina"

# Die Roadmap: Statt Fahrplan zum Frieden - Weg in die Sackgasse

Ist die Roadmap, der Friedensplan des sog. Nahost-Quartetts[1] für die Lösung des Israel-Palästina-Konflikts, kaum vier Monate nach ihrer Inkraftsetzung schon gescheitert?

**Tatsache ist: Mit dem Konzept der Roadmap kann es keinen gerechten Frieden für die Palästinenser geben.**

**1.** Die Bedingungen und Verpflichtungen, die den beiden Parteien zum Erreichen des Friedensziels auferlegt werden, sind extrem ungleichgewichtig: Die Palästinenser, die weitaus schwächere Partei, hat die meisten Vorleistungen zu erbringen; die Forderungen an sie sind hart und deutlich formuliert.

Die Hauptbedingung für die Palästinenser in Phase I, in ständiger Wiederholung förmlich eingehämmert, ist: "Gewalt und Terrorismus umgehend und bedingungslos einzustellen" und "die Infrastruktur der Terroristen zu zerschlagen".

Damit wird der palästinensische Widerstand gegen die israelische Besatzung in seiner ganzen Breite pauschal als "Terrorismus" diffamiert und kriminalisiert, und es wird unterstellt, der palästi-nensische Widerstand sei das Grundproblem des Konflikts und nicht die nun schon 36 Jahre andauernde israelische Besatzung der Israelis mit all ihren Unterdrückungsmechanismen.

*Die geforderte "Zerschlagung" der "terroristischen Infrastruktur" liefe zudem auf einen Bürgerkrieg und letztlich auf eine totale Kapitulation hinaus, diese Forderung ist deshalb für die Palästinenser a priori unerfüllbar.*

Von Israel wird in vager Formulierung nur gefordert, "alles zu unterlassen, was das Vertrauen untergraben könnte". Im Folgenden werden zwar einzelne Maßnahmen wie Ausweisungen, Angriffe auf Zivilisten und Häuserzerstörung genannt, diese sollen aber nur als "Strafmaßnahme und zur Erleichterung von Bautätigkeit" unterlassen werden.

Andererseits wird der israelischen Regierung das Recht zugestanden, "unterstützende Maß-nahmen" zur "Bekämpfung des Terrors" durchzuführen. Dies wird von Israel so interpretiert, dass es doch weiterhin seine Politik der gezielten Liquidierungen von führenden palästinensischen Per-sönlichkeiten, Häuserzerstörungen, Razzien und Verhaftungen durchführen kann - immer mit der Maßgabe, dass die Palästinenser ja die Forderung nach Zerschlagung des Terrors nicht erfüllten.

**2.** Ebenso gegen die Interessen der Palästinenser gerichtet sind die Paragraphen, in denen es um die israelischen Siedlungen und den Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten geht.

Siedlungen: Von Israel wird nur verlangt, "Siedlungsaußenposten abzubauen, die seit März 2001 entstanden sind" und die "Siedlungsaktivitäten einzustellen". Von der Räumung aller Siedlun-gen, einer Grundbedingung für jeden gerechten Frieden, ist keine Rede, die Hauptsiedlungsblöcke bleiben wo sie sind. Außerdem wird so suggeriert, nur die genannten Außenposten seien illegal, nicht aber die 200 anderen ebenfalls völkerrechtswidrigen Siedlungen[2].

Rückzug der Armee: In schwammiger und vager Formulierung heißt es in § 10: "Mit fortschrei-tender Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage ziehen sich die israelischen Streitkräfte mehr und mehr aus den seit dem 28. September 2000 besetzten palästinensischen Gebieten zurück". Dies bedeutet: Israel bestimmt allein und willkürlich, wann und wohin sich die Armee zurück zieht. Von einer endgültigen Beendigung der Besatzung des gesamten Westjordanlands und Gazastreifens, ebenfalls einer der Grundbedingungen für echten Frieden, ist erst im letzten Abschnitt der Roadmap die Rede und auch hier nur vage im Rahmen von Endstatusver-handlungen und -vereinbarungen.

**3**. Der palästinensische Staat: Als Ziel des Friedensfahrplans wird zwar die Entstehung eines "unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen" palästinensischen Staates genannt, aber wie dieser Staat letztlich aussehen soll, bleibt nach dem oben Gesagten völlig unklar. Für die zweite Phase des Fahrplans ist zunächst nur ein Staat in "vorläufigen" Grenzen mit "maximaler territorialer Zusammengehörigkeit" und "Merkmalen der Souveränität" vorgesehen, dies wird aber nicht näher erläutert. Auch hier ist also israelischer Willkür Tür und Tor geöffnet.

*Andererseits wird für die Errichtung dieses "Staates" von den Palästinensern wieder eine Fülle von Vorleistungen verlangt: Etablierung einer*

[1] USA,EU,Russland, UN

[2] In mehreren Resolutionen der UN-Generalversammlung werden **alle** diese Siedlungen als illegal , als Hindernis für den Frieden und als Menschenrechtsverletzung bezeichnet, z.B. in RES/ES -10/2 vom 5. Mai 1997, ES -10/7 vom 20. Oktober 2000,ES-10/9 vom 20. Dezember 2001

*"Führung, die entschieden gegen den Terror vorgeht", die "förmliche Einrichtung eines Amtes des Premierministers", umfassende politische Reformen und die Durchführung von "freien, ergebnisoffenen und fairen Wahlen".*

Dazu wäre eine allgemeine Bewegungsfreiheit aller Palästinenser nötig. Bewegungsfreiheit ist in der Roadmap aber nur für Kandidaten und amtliche Wahlhelfer vorgesehen, für alle anderen gelten nach wie vor die drastischen Einschränkungen durch Checkpoints und Roadblocks (Straßenblockaden), deren Entfernung die Roadmap n i c h t fordert.

Eine in diesem Zusammenhang wiederum mehrfach wiederholte Forderung an die Palästinenser sind "fortgesetzte umfassende Anstrengungen zur Gewährleistung von Sicherheit" - für Israel, versteht sich! Dazu sollen alle palästinensischen Sicherheitskräfte nach detaillierten Maßgaben "umstrukturiert" und "fortgebildet" werden.

Die wichtigen und für einen echten Frieden ebenfalls entscheidenden Fragen: Flüchtlinge und Status von Jerusalem werden wie die Frage der Staatsgrenzen auf die Endstatusverhandlungen verschoben.

**4**.Zum Flüchtlingsproblem heißt es lediglich, dass man bei den Endstatusverhandlungen eine "gerechte, faire und realistische Lösung" suchen solle, von dem international verbrieften Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr und einer Anerkennung der Verantwortung für das Flüchtlingsproblem durch Israel ist keine Rede.

**5.** Die Lösung der Jerusalemfrage "durch Verhandlungen" bedeutet nichts anderes, als dass Jerusalem als Verhandlungsobjekt und nicht als besetzt und widerrechtlich annektiert betrachtet wird.

**6**. Wasserressourcen: Über die für die Palästinenser lebenswichtige Frage der Nutzung der Wasservorkommen wird nichts Konkretes gesagt, das heißt, Israel kann weiter wie bisher die Wasserressourcen auf palästinensischem Boden für sich ausbeuten.

**7.** Die vielen Tausenden immer noch in israelischen Gefängnissen festgehaltenen palästinensischen Gefangenen, unter denen Hunderte Kinder und Jugendliche sind, werden in der Roadmap überhaupt nicht erwähnt.

**8.** Schließlich enthält die Roadmap Passagen, die auf eine umfassende Kontrolle des Geldflusses nach Palästina hinauslaufen. Für Israel gibt es eine solche Kontrolle, z. B. der massiven finanziellen Unterstützung durch die USA, nicht.

**Fazit: Diese Roadmap ist kein Fahrplan zu einem gerechten Frieden, sondern ein "Befriedungsfahrplan" einseitig zu Lasten der Palästinenser, der keine der berechtigten Forderungen der Palästinenser berücksichtigt, aber ganz im Interesse Israels liegt, das ungehindert mit seiner bisherigen Besatzungs-, Siedlungs- und Vertreibungspolitik fortfahren kann.**

**Genau das ist auch geschehen:**

Es hat den Palästinensern nichts genützt, dass sie durch die Einsetzung des Premierministers Abu Mazen (Mahmoud Abbas) der Forderung nach Umbau ihrer Regierung nachkamen und dass die beiden großen Widerstandsgruppen Hamas und Islamischer Dschihad einen Waffenstillstand (Hudna) ausriefen. Fast alle palästinensischen Gebiete blieben weiterhin besetzt, gezielte Tötungen, Razzien, Festnahmen, Häuserzerstörungen durch die israelische Armee gingen ungehindert weiter, und vor allem wurde und wird die **Trennungsmauer** in beschleunigtem Tempo errichtet, für die umfangreiche palästinensische Ländereien konfisziert, Obst- und Olivenbäume entwurzelt und zahlreichen palästinensischen Dörfern ihre Lebensgrundlagen genommen wurden. Von den Siedlungsaußenposten wurden - mit großem propagandistischem Aufwand! - einige wenige geräumt, an ihrer Stelle entstanden jedoch neue Vorposten, und der Ausbau der großen Siedlungsblöcke ging weiter. Als schließlich mehrere Hamasführungskräfte "liquidiert" wurden, fühlten sich die genannten palästinensischen Widerstandsgruppen nicht mehr an die Hudna gebunden und reagierten mit Selbstmordattentaten. Zu guter Letzt wurde das Ende der Hudna verkündet, woraufhin die israelische Armee sofort wieder in die Zentren der palästinensischen Städte eindrang und eine wahre Orgie von Verhaftungen, Häuserzerstörungen und Liquidationen veranstaltete.

**Damit dürfte die Roadmap am Ende sein.**

In seinem Artikel "Eine Droge für den Süchtigen" sagt der bekannte israelische Friedensaktivist Uri Avnery[3]: " Die Roadmap ist gestorben, weil Sharon von Anfang an gegen sie war. Bush sah sie nur als eine Photomöglichkeit mit einem photogenen Hintergrund an. Abu Mazen erhielt von Israel und den USA nichts, was er als eine palästinensische Errungenschaft hätte präsentieren können."

**(Sept. 2003)**

[3]Gush-Shalom-Report, am 25. 08. 03 in deutscher Übersetzung veröffentlicht durch P. Rainer Fielenbach: rfielenbach@karmeliterorden.de

## Michel Warschawski

# Antizionismus ist nicht Antisemitismus

Der israelisch-palästinensische Konflikt verführt leicht zu religiösen oder zumindest ethnischen Interpretationen. Er spielt sich auf einem Gebiet ab, das die Wiege von Weltreligionen war und das viele "Heiliges Land" nennen; der Zionismus wird oft als "Rückkehr" des jüdischen Volkes ins Gelobte Land dargestellt, und seine Argumente schöpfen viel aus dem Bereich tradierter Rechte, wenn nicht gar göttlicher Verheißung; Jerusalem ist dreifach heilige Stadt und von Wallfahrtszielen übersät.
Die Allgegenwart der islamistischen Kultur im arabischen Bewusstsein und in der arabischen nationalen Kultur geht gleichfalls schwanger mit der Konfessionalisierung eines Konflikts, der oft als Befreiung eines islamischen, von Ungläubigen besetzten Bodens dargestellt wird. Dem muss die zionistische Idee hinzugefügt werden, einen "jüdischen Staat" zu schaffen, und die entsprechende permanente Strategie jüdischer Kolonisierung, die nicht ohne den ethnischen Säuberungskrieg von 1948 auskam.

Es ist ein Verdienst Yasser Arafats, in einem solchen Kontext alles Menschenmögliche getan zu haben, um den israelisch-palästinensischen Konflikt in seiner politischen (und nicht religiösen oder ethnischen) Dimension zu halten: nämlich die eines Kampfes für nationale Befreiung und Unabhängigkeit, eines antikolonialen Kampfes um ein Territorium und um nationale Souveränität.
Umgekehrt ist eines der größten Verbrechen des ehemaligen Premierministers Ehud Barak, das religiöse Element in die Verhandlungen eingeführt zu haben, indem er auf dem zweiten Gipfeltreffen von Camp David die jüdische Souveränität über die Moscheenallee von Jerusalem auf der Grundlage religionsgeschichtlicher Thesen gefordert hat. Diese irre Forderung war ohne Zweifel einer der Hauptgründe für den Zusammenbruch des Oslo- Prozesses. Die Geschichte wird zeigen, ob sie nicht auch zum Auslöser eines Religionskrieges im gesamten Mittleren Osten und eines weltweiten islamisch-jüdischen Konflikts wird.

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist ein politischer Konflikt zwischen einer kolonialen Bewegung und einer nationalen Befreiungsbewegung. Der Zionismus ist eine politische und keine religiöse Ideologie, die darauf abzielt, die jüdische Frage in Europa durch die Einwanderung in Palästina, seine Kolonisierung und die Schaffung eines jüdischen Staates zu lösen. So haben seine Sprecher ihn immer definiert, von Herzl bis Ben Gurion, von Pinsker bis Jabotynski, die die Konzepte der Kolonisierung (Hityashvut) oder der Kolonien (Yishuv, Moshav) nie in einem negativ wertenden Sinne benutzt haben. Bis zum Aufstieg des Nazismus hat die überwältigende Mehrheit der Juden weltweit den Zionismus verworfen, sei es als Häresie (das war die Position der großen Mehrheit der Rabbiner und der religiösen Juden), sei es als reaktionär (das war die Position der jüdischen Arbeiterbewegung in Osteuropa), sei es als anachronistisch (so dachten die emanzipierten oder assimilierten Juden in Mittel- und Westeuropa). In diesem Sinne wurde der Antizionismus immer als eine politische Position unter anderen verstanden, die dazu noch ungefähr ein halbes Jahrhundert in der jüdischen Welt hegemonial war. Erst seit etwa dreißig Jahren gibt es eine breite Kampagne, die mit unleugbarem Erfolg versucht, nicht zur Kontroverse über die politische Sinnhaftigkeit des Zionismus beizutragen, zur Analyse seiner Dynamik und seiner politischen und moralischen Implikationen, sondern den Antizionismus zu delegitimieren, indem er ihn mit Antisemitismus gleichsetzt.

**Semantische Verschiebungen**…

Wie jeder andere Rassismus negiert der Antisemitismus (oder die Judenfeindlichkeit) den Anderen in seiner Identität und in seiner Existenz. Der Jude ist, egal was er tut, egal was er denkt, Hassobjekt bis hin zur Ausrottung, nur weil er Jude ist.
Der Antizionismus hingegen ist eine politische Kritik an einer politischen Ideologie und Bewegung; er greift nicht eine Menschengruppe an, sondern stellt eine bestimmte Politik in Frage. Wie kommt man dann dazu, die politischen Ideen des Antizionismus mit der rassistischen Ideologie des Antisemitismus gleichzusetzen? Eine europäische Gruppe zionistischer Intellektueller hat die Lösung gefunden, indem sie das Unterbewusste ins Spiel bringt und ein Konzept einführt, mit dem man alles beweisen kann: nämlich das der "semantischen Verschiebung". Wenn man den Zionismus anklagt oder auch Israel kritisiert, dann geht es einem, manchmal unbewusst, nicht um die Politik einer Regierung (der Regierung Sharon) oder um den kolonialistischen Charakter einer politischen Bewegung (des Zionismus) oder, mehr noch, den institutionalisierten Rassismus eines Staates (Israel), sondern um die Juden. Wenn man sagt: "Die Bombardierungen der Zivilbevölkerung sind Kriegsverbrechen", oder: "Die Kolonisierung ist eine flagrante Verletzung der Vierten Genfer Konvention", meint man in Wirklichkeit: "Das jüdische Volk ist verantwortlich für den Tod von Jesus Christus" und "Tod den Juden"!
Natürlich kann man auf ein solches Argument nichts erwidern, denn jede Antwort wird, vielleicht unbewusst, zur Verteidigung des Antisemitismus. Das Argument der Bedeutungsverschiebung und der Rückgriff auf das Unterbewusste in der politischen Polemik beendet jede Möglichkeit der Debatte, egal zu welchem Thema im Übrigen. Die Verurteilung des Kolonialismus wird zu einer Verurteilung des Engländers (oder des Franzosen oder des Deutschen, je nachdem), seiner Kultur und seiner Existenz. Auch den Antikommunismus gibt es nicht, er ist eine Wortbedeutungs-verschiebung für den Slawenhass. Wenn ich sage: "Ich mag keinen Camembert", denke ich in Wirklichkeit: "Tod den Franzosen!"; wenn ich erkläre, jiddische Musik zu mögen, sage ich mittels semantischer Verschiebung, dass ich die Araber hasse…

Der Antisemitismus existiert und scheint in Europa wieder sein Haupt zu erheben — nach einem halben Jahrhundert der Ächtung in Folge des Grauens des Völkermords an den Juden durch die Nazis und der Verbrechen der Kollaboration. Bei einem wachsenden Anteil der arabisch- moslemischen Gemeinden in Europa nehmen rassistische Verallgemeinerungen zu, werden unterschiedslos die Juden für die Verbrechen verantwortlich gemacht, die der jüdische Staat und seine Armee verüben. Im Übrigen findet sich der Antisemitismus oft im selben Lager wieder, das die

israelische Politik bedingungslos unterstützt, so z.B. unter den fundamentalistischen protestantischen Sekten, die in den USA die wirkliche proisraelische Lobby darstellen.

Der antiarabische Rassismus existiert ebenfalls, nur räumen die Medien den drastischen Polemiken des Beitar und der Jüdischen Verteidigungsliga gegen die islamischen Institutionen oder gegen Organisationen, die sich der israelischen Kolonisierungspolitik widersetzen, wenig Platz ein — oder den Parolen, die die Häuserwände gewisser Viertel in Paris verunzieren ("Tod den Arabern", "Keine Araber, keine Anschläge") oder den organisierten Ausschreitungen zionistischer Kommandos.

Der antiarabische und der antijüdische Rassismus müssen beide ohne Zugeständnisse verurteilt und bekämpft werden, und das kann man wirksam nur machen, wenn man sie frontal bekämpft, sonst verstärkt man die verbreitete Idee, hinter der Verurteilung des einen Rassismus stecke faktisch ein Angriff auf die andere Menschengruppe.

Diejenigen, die tatsächliche oder durch "Wortbedeutungs-verschiebung" unterstellte antisemitische Handlungen verurteilen und zu antiarabischen Exzessen schweigen, machen sich mitverantwortlich für die Kommunitarisierung und Ethnisierung der Köpfe und für die Verstärkung des Anti-semitismus, denn sie bekämpfen nicht den Rassismus über-haupt, egal von wem er ausgeht und gegen wen er sich richtet, sondern ausschließlich den Rassismus der anderen. Sicher sind nicht sie es — die Tarnero, Lanzmann und anderen Tagieffs — die das Recht hätten, der radikalen Linken und der Bewegung gegen die marktradikale Globalisierung, die immer an der Spitze antirassistischer Kämpfe standen und keinen dieser Kämpfe im Stich lassen, irgendwelche Lehren zu erteilen.

**…und reale Komplizenschaft**

Doch gehen wir einen Schritt weiter.
Ein wichtiger Teil der Verantwortung für das Übergleiten von der Kritik an der israelischen Politik zu antisemitischen Haltungen ruht auf den Schultern eines Teils der oft selbsternannten Vorstände der jüdischen Gemeinden in Europa und in den USA. Tatsächlich sind sie es, die sehr oft die jüdische Gemeinde als solche mit einer bestimmten Politik gleichsetzen — nämlich der einer bedingungslosen Unterstützung der politischen Führung Israels. Wenn sie, wie in Straßburg, dazu aufrufen, ihre Unterstützung für Sharon auf dem Vorplatz einer Synagoge zu demonstrieren, wen wundert es dann, wenn die Synagoge zur Zielscheibe von Demonstrationen gegen die israelische Politik wird?
Und was soll man von den kommunitaristischen Sprechern der jüdischen Gemeinde in Frankreich sagen, die den Wahlerfolg Le Pens "verstehen" und "hoffen, dass er die arabische Gemeinde in Frankreich zum Nachdenken bringt"?
Kann man in dieser Haltung die Komplizenschaft mit dem Mann übersehen, der in Frankreich am meisten die rassistische — und so auch die antisemitische — Ideologie verkörpert? Eine Komplizenschaft, die die Zusammenarbeit extrem rechter Organisationen wie des Beitar mit faschistischen und antisemitischen Gruppen wie Occident aus den 70er Jahren fortsetzt… Hier handelt es sich nicht mehr um semantische Verschiebung, sondern um ein abgekartetes Spiel.
Die israelische Politik wird weltweit von vielen kritisiert, und je mehr der jüdische Staat außerhalb des Rechts handelt, desto mehr wird er als gesetzlos betrachtet werden und den entsprechenden Preis dafür bezahlen. Es ist völlig unakzeptabel und unverantwortlich, dass solche jüdischen Intellektuellen, die wie die Vorstände jüdischer Gemeinden in aller Welt eine absolute Identifikation mit Israel zur Schau tragen, letztere mit in den Abgrund ziehen, auf den Ariel Sharon und seine Regierung zustreben.

Im Gegenteil, wenn sie wirklich von der Sorge um die Gemeinschaft bewegt wären, in deren Interesse sie zu sprechen vorgeben, würden sie ihr Möglichstes tun, um die barbarischen Akte des israelischen Staates zu demaskieren und die dramatischen Konsequenzen aufzuzeigen, die diese Handlungen früher oder später für eine nationale hebräische Existenz überhaupt im Nahen Osten nach sich ziehen werden.
Dadurch würden sie Verantwortungsbewusstsein auch gegenüber der jüdischen Gemeinschaft in Israel an den Tag legen: Wäre es nicht besser, wenn sie, statt dem israelischen Draufgängertum zu schmeicheln und zur wachsenden selbstmörderischen Verblendung der israelischen Führung und Bevölkerung beizutragen, und statt mit Lanzmann zu schreien: "Immer bedingungslos mit Israel", als Schutzwall fungierten und Sharon und seine Regierung vor den dramatischen Konsequenzen seiner Politik warnten?

Sind sie so blind, nicht zu sehen, dass die Straffreiheit, derer sich Israel bei bestimmten politischen und weltanschaulichen Strömungen in Europa und Nordamerika erfreut, nur die andere Seite des Antisemitismus und seines Arsenals "jüdischer Besonderheiten" ist? Sind sie so stumpfsinnig nicht zu begreifen, dass für viele sog. Freunde Israels die Haltung des Gewährenlassens gegenüber dem jüdischen Staat Ausdruck eines Zynismus ist, der die Juden gern frontal gegen die Wand laufen sieht? Und dass im Gegenteil denjenigen, die Israel — und manchmal hart — kritisieren, das Leben und Überleben seiner Bevölkerung wirklich am Herzen liegt?
Ariel Sharon, seine Minister, seine Generäle, seine Richter und ein Teil seiner Soldaten werden sich eines Tages vor dem Internationalen Strafgerichtshof für Kriegsverbrechen oder sogar für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten müssen. Damit dann nicht die gesamte israelische Bevölkerung auf der Anklagebank sitzt, gibt es in Israel Tausende Männer und Frauen, Zivilisten und Soldaten, die "Nein" sagen, die Widerstand leisten und in Opposition gehen.

Um die Juden der Welt vor dem Vorwurf der Mitverantwortlichkeit zu schützen, um der antisemitischen Propaganda den Boden zu entziehen, die die Leiden der Palästinenser instrumentalisiert, um jeden Juden, nur weil er Jude ist, für schuldig zu erklären, um der Kommunitarisierung und Ethnisierung des israelisch- palästinensischen Konflikts einen Riegel vorzuschieben, ist es unbedingt notwendig, dass sich eine mächtige und feste Stimme innerhalb der jüdischen Gemeinden Gehör verschafft, die sagt, was der Name einer US-amerikanischen jüdischen Organisation ausdrückt, die sich diesem Ziel verschrieben hat: "Nicht in unserem Namen!"

Es ist natürlich auch die Pflicht der demokratischen und linken Organisationen auf der ganzen Welt, die Verbrechen Israels ohne jede Konzession zu verurteilen, nicht nur weil die Verteidigung der Unterdrückten und Kolonisier-

ten, welcher auch immer, integraler Bestandteil ihres Programms und ihres Denkens ist, sondern auch weil nur eine klare und mit den anderen Kämpfen, die sie führen, kohärente Position es ihnen ermöglicht, den Kommunitarismus und Rassismus in ihrem eigenen Land zu bekämpfen.

Sich von der Erpressung mit dem Antisemitismusverdacht abschrecken zu lassen, zu schweigen, um sich nicht der Anklage auszusetzen, man leiste "dem Antisemitismus Vorschub" oder sei gar "unbewusst antisemitisch", kann letztlich nur den wirklichen Antisemiten zugute kommen oder zumindest die identitäre und kommunitaristische Verwirrung fördern.

Die wirkliche antirassistische und antikolonialistische Linke braucht nicht erst zu beweisen, dass sie im Kampf gegen die antisemitische Pest steht. Sie wird diesen Kampf desto wirksamer fortführen, je klarer und unzweideutiger sie zu den Kriegsverbrechen Israels und zu seiner Kolonisierungspolitik Stellung bezieht.

*Abdruck aus der Sozialistischen Zeitung, September 2002/ Hervorhebungen der AG Palästina, ATTAC Hamburg*

Michel Warschawski ist Leiter des Alternative Information Center in Jerusalem *Das AIC tritt für eine „Zusammenarbeit zwischen Palästinensern und Israelis auf der Grundlage der Anerkennung folgender Werte: Soziale und politische Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität, Anerkennung der unantastbaren nationalen Rechte des palästinensischen Volks" Das AIC ist davon überzeugt,, dass eine echte Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Palästinensern und Israelis möglich ist."* http://www.alternativenews.org

# Europäische Juden für einen gerechten Frieden

Wir, Vertreter von sechzehn jüdischen Friedensorganisationen aus acht europäischen Ländern, haben uns auf der Konferenz „Don´t say you didn´t know" in Amsterdam am 19. und 20. September 2002 getroffen.
Wir rufen die israelische Regierung dazu auf, ihre aktuelle Politik zu ändern und die Vorschläge der folgenden Erklärung zu verwirklichen;
wir rufen alle andere Regierungen, die UNO und die EU dazu auf, Druck auf die israelische Regierung auszuüben, damit sie die Vorschläge der folgenden Erklärung verwirklicht:

**Erklärung**
Wir glauben, dass der einzige Ausweg aus der jetzigen Sackgasse in einem Abkommen auf der Grundlage der Schaffung eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates und der Garantie eines sicheren und anerkannten (safe and secure) Israel und Palästina besteht.
Dies setzt voraus:
1. die sofortige Beendigung der Besatzung der Besetzten Gebiete - Westbank, Gaza und Ostjerusalem – und die Anerkennung der Grenzen vom 4. Juni 1967;
2. die vollständige Räumung aller jüdischen Siedlungen in allen Besetzten Gebieten;
3. die Anerkennung des Rechtes beider Staaten, Jerusalem als ihre Hauptstadt zu haben;
4. die Anerkennung von Israels Anteil an der Schaffung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge. Israel muss prinzipiell das Rückkehrrecht der Palästinenser als Menschenrecht anerkennen. Die praktische Lösung dieses Problems wird durch ein Abkommen zwischen beiden Parteien auf der Grundlage von gerechten, fairen und praktikablen Erwägungen gelöst werden. Ein solches Abkommen wird Entschädigung beinhalten und die Rückkehr in das Territorium des palästinensischen Staates oder Israels, ohne die Existenz Israels zu gefährden.
Wir rufen die internationale Gemeinschaft und insbesondere Europa zur politischen und finanziellen Unterstützung auf.
September 2002

Unterzeichner:
- An Other Jewish Voice (The Netherlands)
- Union des Progressistes Juifs de Belgique -UPJB (Belgium) /
- Network of Jews Against Occupation, Rome (Italy)/
- Group Martin Buber-Jews for Peace (U.K.)
- Friends of the Israeli Palestinian Coalition of Peace
- Just Peace UK
- Jews for Justice for Palestinians (U.K.)
- Jewish Socialist Group (U.K.)
- British Friends of Peace Now
- Rabbis for Human Rights UK
- Jewish Manifesto (Sweden)
- The Swedish Jewish Peace Group (Sweden)
- Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina (Schweiz)
- Union Juive Francaise pour la paix - UJFP (France)
- Le Cercle Français de Juive Diasporque de Gauche cercle Gaston Cremieux (France)
- New Outlook (DÄnemark)

Kontaktadresse der "European Jews for a Just Peace": Een Ander Joods Geluid An Other Jewish Voice, Amsterdam, Netherlands Email: eajg@xs4all.nl
**Original unter http://www.jvjp.ch**

**Nicht in unserem Namen: Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost**
**Am 9. November 2003 wurde in Berlin unter dem Namen "Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost" die Sektion der Föderation "EUROPEAN JEWS FOR A JUST PEACE" ("Europäische Juden für einen gerechten Frieden") ins Leben gerufen.**
**http://www.juedische-stimme.de**
Jüdische Stimme Berlin c/o Internationale Liga für Menschenrechte
Haus der Demokratie und Menschenrechte Greifswalder Str. 4 D-10405 Berlin

# Keine Rüstungsexporte nach Israel!

## Ishai Menuhin, Reserveoffizier, israelische Armee:

"Die israelische Regierung zwingt uns zu einem dauerhaften Krieg gegen die Palästinenser. Deutschland sollte keinerlei Waffen mehr nach Israel exportieren, bis die Besatzung beendet ist. Wir setzen diese Waffen gegen die Palästinenser ein, um die Besatzung aufrecht zu erhalten. Deshalb fordern wir Deutschland auf, keine Waffen mehr nach Israel zu schicken."

## Adam Keller, "Gush Shalom" Tel Aviv:

"Die deutsche Bundesregierung sollte sich jetzt, gerade wegen ihrer historischen Verantwortung, **für ein umfassendes Verbot von Rüstungsexporten nach Israel** aussprechen. Solange, bis die Menschenrechtsverletzungen in Israel ein Ende finden. Das wäre keinesfalls eine anti-israelische Maßnahme, sondern ein großer Dienst, den man Israel erweisen würde, um uns von einer Politik abzubringen, die unsere Zukunft in diesem Land zerstört."

*aus der Monitor-Sendung vom 14. Februar 2002(zitiert in www.friedensratschlag.de).*

## Rüdiger Göbel: Krieg kritisiert, Israel aufgerüstet
## Berlin zeigt sich besorgt über Gaza-Invasion, sorgt aber gleichzeitig für reibungslosen Rüstungstransfer

http://www.jungewelt.de/2006/07-08/034.php

Israel wird von Deutschland für das Kriegführen gegen die Palästinenser zwar verhalten kritisiert, gleichzeitig aber auch hoch belohnt.

Offiziell warnte die Bundesregierung am Freitag einmal mehr vor einer weiteren Eskalation im Nahostkonflikt. Berlin versuche, an einer Stabilisierung der Situation im Gazastreifen und einer friedlichen Lösung mitzuwirken, bekräftigte Vizeregierungssprecher Thomas Steg in der Bundeshauptstadt. Sein Kollege im Außenamt Martin Jäger warnte gar, die humanitäre Lage vor Ort entwickle sich »in bedenklicher Weise«. Hehre Worte. Tags zuvor war in Berlin der Weg für millionenteure Rüstungslieferungen an die israelische Armee freigemacht worden.

Vertreter Israels und der HDW-Werft unterzeichneten am Donnerstag einen Vertrag über die Lieferung zweier hochmoderner U-Boote. Der Clou: Nach einer Finanzierungsvereinbarung wird ein Drittel der Gesamtkosten von rund einer Milliarde Euro vom deutschen Steuerzahler getragen. *»Das derzeitige brutale Vorgehen Israels gegen die gewählte Regierung und Bevölkerung in den palästinensischen Autonomiegebieten erschwert den Weg zu einer gerechten Friedenslösung im Nahen Osten. Dieses Verhalten darf nicht auch noch durch Waffenlieferungen belohnt werden«,* kritisierte der verteidigungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Paul Schäfer, den Rüstungsdeal am Freitag. Die mit 330 Millionen Euro subventionierten U-Boote der Delphin-Klasse könnten zudem umgerüstet werden, so daß der unerklärte Nuklearwaffenstaat Israel auch atomar bestückte Marschflugkörper verschießen kann.

Die USA setzten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am Donnerstag (Ortszeit) alles daran, eine Verurteilung Israels zu verhindern. Angesichts dieser internationalen Protektion verwundert es nicht, daß die israelische Regierung den Krieg eskaliert. Israels Generalstabschef Dan Halutz zufolge wurden im Rahmen der am 27. Juni gestarteten Offensive »Sommerregen« bisher »etwa 40 Terroristen« getötet, 24 davon am Donnerstag.
Die israelische Friedensgruppe »Gush Shalom« rief in einem »Appell an Europa« auf, »sofort und tatkräftig gegen die bedrohliche israelisch-palästinensische Krise zu intervenieren«.

# Palästinensische Regierung

Mit der Unterzeichnung der Prinzipienerklärung am 13. September 1993, die die Bildung einer Palästinensischen Interimsregierung für die Dauer von fünf Jahren vorschreibt, war der Weg zur Etablierung unabhängiger politischer Strukturen und Institutionen in Palästina frei. Der Prinzipienerklärung schloß sich am 4. Mai 1994 das Gaza-Jericho-Abkommen (Oslo I, Abkommen von Kairo) an. In einem Großteil des Gazastreifens (60 %) und in der Enklave Jericho sollten die palästinensischen Behörden (Palestinian Authority) bis zu den ersten palästinensischen Wahlen und der Bildung einer Regierung (Palestinian National Authority) die Verantwortung in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesundheit, Sozialfürsorge, direkte Besteuerung und Tourismus übernehmen.

Aufbau von Verwaltung und Ministerien

Trotz der offensichtlichen Einschränkungen und Nachteile für die palästinensische Seite befürwortete ein Großteil der Bevölkerung den Friedensprozeß, denn nach Jahrzehnten der blutigen Auseinandersetzungen, war nun der Weg zu einer friedlichen Aussöhnung und zu der Unabhängigkeit Palästinas frei. Schon im April 1994 kehrten die ersten PLO-Vertreter aus Tunis und anderen arabischen Staaten nach Palästina zurück und am 1. Juli wurde Yassir Arafat von einer jubelnden Menge im Gazastreifen begrüßt. Wenige Tage später legten die Mitglieder der ersten palästinensischen Regierung ihren Eid ab (5. Juli). Auf Grundlage des "Abkommen über den Transfer der Zivilverwaltung" (29. August 1994) begann man mit dem Aufbau der palästinensischen Behörden im Gazastreifen und in Jericho. Diese nahmen ihre Arbeit im November auf.

Ein Jahr später wurde das Interimsabkommen (Oslo II, Abkommen von Taba) über die 2. Stufe der Palästinensischen Autonomie unterzeichnet (28. September 1995). Man vereinbarte die Aufteilung der Westbank in drei Zonen (A-, B,- und C-Zonen), von denen die erste - die sog. A-Zone - mit den palästinensischen Städte Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem im Dezember 1995 den palästinensischen Behörden übergeben wurde. 420 palästinensische Kleinstädte und Dörfer wurden der Zone B zugerechnet. Hier entstand eine palästinensische Zivilverwaltung, die Verantwortung im Bereich der Sicherheit obliegt jedoch nach wie vor Israel. Das flächenmäßig größte Gebiet - 73 % der Westbank - mit den Siedlungen und den militärischen Schutzzonen, blieb unter alleiniger israelischer Zuständigkeit.

Wahlen und Regierungsbildung

Gemäß der zuvor abgeschlossenen Verträge fanden am 20. Januar 1996 die ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Wenige Wochen später wurde Yassir Arafat als erster gewählter Präsident Palästinas vereidigt (12. Februar 1996).
**(Palästinensische Delegation in Deutschland, www.palaestina.org)**

## Erklärung des Alternativen Informationszentrums (Jerusalem) zu den Palästinensischen Wahlen (2006)

Am 25. Januar 2006 führte das palästinensische Volk eine einwandfreie Wahl zur gesetzgebenden Körperschaft durch, frei von signifikanter Gewaltanwendung, Einschüchterung oder Einmischung. Hierzu möchte das AIC seinen Glückwunsch aussprechen. Der einwandfreie Wahlvorgang belegt, dass sogar unter einer Besatzung und angesichts eins immensen internationalen Drucks das palästinensische Volk entschlossen ist, seine demokratischen Rechte auszuüben.

Das AIC glaubt, dass die regierenden Parteien die Ergebnisse der Wahl akzeptieren müssen und friedlich die Macht überreichen sollen. Es ist wichtig in diesen schwierigen Zeiten die nationale Einheit zu wahren und interne Kämpfe zu vermeiden. Falls interne Gewalt ausbrechen sollte, sind ganz gewiss der demokratische Prozess und die Palästinenser die einzigen Leidtragenden.

Wir hoffen auch, dass alle politischen Parteien an der neuen palästinensischen gesetzgebenden Körperschaft teilnehmen werden und dass diese Regierung die Interessen und Bestrebungen des palästinensischen Volkes zum Ausdruck bringt. Die Ergebnisse der Wahl zeigen ein Verlangen nach Wechsel nach einem Jahrzehnt der Fatah-Regierung; Es würde schlecht sein, zehn Jahre Fatah-Hegemonie durch weitere zehn Jahre von Hamas ersetzt zu sehen.

Das AIC glaubt auch, dass die internationale Gemeinschaft davon absehen sollte, irgendwelchen Druck von außen auf die neue palästinensische Regierung ausüben zu wollen. Externe Kräfte müssen den demokratischen Willen des palästinensischen Volkes respektieren. Es gibt keinen Raum für Einmischung von außen von Seiten Israels oder irgendeines anderen Landes aufgrund von Missfallen über das Wahlergebnis.

*Übersetzung: Paul Woods, coorditrad@attac.org*
*http://alternativenews.dyndns.org/index.php?option=com_content&task=view&id=371&Itemid=1&lang=ISO-8859-1*

## Uri Avnery

# Mit Hamas an einen Tisch!

Wie zwei sehr müde Ringkämpfer, die einander umklammert halten und nicht in der Lage sind, sich voneinander zu trennen, so kleben die israelische und palästinensische Gesellschaft aneinander. Die palästinensischen Wahlen in dieser Woche fanden im Schatten der israelischen Wahlen statt. Die israelischen Wahlen – in genau zwei Monaten – werden im Schatten der palästinensischen Wahlen stattfinden. Was kann man nach dem Sieg der Hamas tun?

Es ist nicht einfach, Wahlen unter Besatzung abzuhalten, wenn der Besatzer offen gegen eine der großen Parteien kämpft, Kandidaten verhaftet oder sogar tötet, bedeutende Führer im Gefängnis festhält und überall Sperren errichtet. Und wie erwartet, wenn eine dumme Militärmaschine sich in politische Angelegenheiten einmischt, sind die Ergebnisse genau das Gegenteil von den beabsichtigten: die Erklärungen und Aktionen der israelischen Regierung gegen die Hamas haben ihr nur geholfen.
Ich sprach mit einem der Fatah-Führer über die Aktionen der israelischen Regierung gegen Hamas im besetzten Ost-Jerusalem, wo Wahlveranstaltungen verboten, Kandidaten verhaftet und Wahlplakate abgerissen wurden. Der Mann lachte: »Was denken Sie? Dass Hamas-Anhänger Wahlveranstaltungen und Wahlposter brauchen, um zu wissen, wen man wählen soll? All dies erhöht ja nur die Anziehungskraft der Hamas.« Die Ergebnisse zeigen, dass er recht hatte.

Es muss ganz klar gesagt werden: Diese Wahlen sind eine große Errungenschaft für die palästinensische Gesellschaft, ein Ehrentitel für ein Volk, das unter der Besatzung leidet, dessen unabhängiger Staat noch ein Traum ist. Jeder sollte vor ihr den Hut ziehen!

In Israel waren in dieser Woche die palästinensischen Wahlen im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit. Ehud Olmert, der seine Stellung als stellvertretender Ministerpräsident ausbauen möchte, um sich selbst als Führer für Sicherheit darzustellen, berief eine Konferenz des üblichen Haufens von Generälen und Shin-Bet-Typen ein, die auf eine Situation immer nur durch die Zielvorrichtung ihrer Waffen schauen und durch ihren üblichen Mangel an politischer Weitsicht glänzen. Was sollte man tun, wenn ... Wie sich verhalten, wenn ...

Was kam dabei heraus? Israel wird nicht mit einer palästinensischen Regierung verhandeln, wenn sie Hamas einschließt. »Man kann von uns nicht verlangen, mit einer Gruppe zu verhandeln, die auf die Zerstörung Israels zielt« etc. etc. Das ist Unsinn mit Tomatensoße, wie man auf hebräisch sagt. Oder in diesem Fall: Unsinn mit Blut.

Israel muss mit jeder palästinensischen Führung verhandeln, die vom palästinensischen Volk gewählt wurde. Wie bei jedem anderen Konflikt in der Geschichte wählt man nicht die Führung des Gegners – einmal, weil der Gegner nicht damit einverstanden wäre, und dann – genauso wichtig –, weil ein Abkommen mit solch einer Führung nicht halten würde. Je umfassender die Führung ist, um so besser. Wenn ein Abkommen erreicht wird, ist es entscheidend wichtig, dass alle Sektionen der palästinensischen Bevölkerung daran gebunden sind. Und wesentlich ist es, gerade die extremsten Faktionen mit einzuschließen. Hätte sich Hamas nicht dafür entschieden, an den Wahlen teilzunehmen, dann hätte sie dazu gezwungen werden müssen.

Eine Gruppe, die bereit ist, mit Israel zu verhandeln, erkennt allein dadurch den Staat Israel an. Und wenn sie nicht bereit ist zu verhandeln, taucht dieses Problem gar nicht erst auf. Das ist logisch. Aber Generäle und Politiker sind keine Professoren der Logik – was wissen sie schon über Verhandlungen und Abkommen?

Auf der palästinensischen Seite: Allein die Tatsache, dass Hamas an den Wahlen teilnimmt, die ihre Grundlage im Oslo-Abkommen haben, beweist, dass das palästinensische politische System sich in Richtung Frieden bewegt. Obwohl der Hamas-Sieg wie ein Rückschlag für den Frieden aussieht, kann das wirkliche Ergebnis ganz anders aussehen. Es kann die extreme Bewegung moderater machen und absichern, dass jedes Abkommen stabiler und dauerhafter sein wird.
Auf der israelischen Seite: Die Spaltung des Likud, die Schaffung von Kadima, und der Führungswechsel in der Arbeitspartei zeigen, dass sich das israelische politische System in dieselbe Richtung bewegt.

Nachdem beide Völker ihre neue Regierung aufgestellt haben, werden sie miteinander reden müssen.

*(Übersetzung: Ellen Rohlfs)*
*http://www.jungewelt.de/2006/01-30/025.php?sstr=*

## Alain Gresh

# Palästina - allein gelassen

## Zur EU-Politik gegenüber Palästina

(…) Der folgende Text zieht Bilanz über die **Kehrtwende**, die die internationale Gemeinschaft, vor allem **die Europäische Union,** in Hinsicht auf eine Lösung des Konfliktes vollzogen hat.
Leise und kaum bemerkbar haben führende europäische Politiker und Medien im Lauf der letzten Jahre die Art und Weise geändert, mit der sie das palästinensische Drama und die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes angehen. Während des gesamten so genannten „Osloer Friedensprozesses“ war es klar, das die Lösung nur erreichbar wäre durch Verhandlungen, die alle Problembereiche umfassen würde: den Rückzug der israelischen Truppen aus den 1967 besetzten Gebieten, darin eingeschlossen der Ostteil Jerusalems, die Errichtung dauerhafter Grenzen zwischen dem palästinensischen Staat und Israel sowie eine annehmbare Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge. Diese Streitpunkte standen auf der Tagesordnung der Verhandlungen von Camp David (Juli 2000) wie der von Taba (Januar 2001).

Der Ausbruch der zweiten Intifada Ende September 2000, deren blutige Unterdrückung durch die israelische Armee ab den ersten Tagen – Monate vor den ersten Selbstmordattentaten – die Eskalation der Gewalt, die Wahl Ariel Sharons zum Premierminister, die Vervielfachung der Attentate gegen israelische Zivilisten und schließlich die Wiederaufnahme der totalen Kontrolle über die besetzten Gebiete durch die israelische Armee haben die letzten Jahre gekennzeichnet. **Vom Standpunkt des Internationalen Rechts sind jedoch die grundlegenden Probleme geblieben**, wie man auch die Strategie und die Taktik der palästinensischen Autonomiebehörde einschätzen mag: das Westjordanland, Gaza und Ostjerusalem bleiben besetzte Gebiete, Israel bleibt eine **Besatzungsmacht** und die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates bleibt der Schlüssel zum Frieden.

### Verheimlichte Kriegsverbrechen

Wenn man jedoch die Erklärungen von führenden europäischen Politikern liest, wenn man das aktuelle Geschehen in den Medien verfolgt, so stellt man eine **Umkehr der Betrachtungsweise** fest: Von jetzt ab ist es Sache der Palästinenser, d.h. Sache der Besetzten, ihren guten Willen zu beweisen. Die Hinweise der **Europäischen Union** auf die Verpflichtungen des einen und des anderen Lagers verbergen schlecht ihren Schulterschluss mit dem israelischen Premierminister und dessen Vorstellungen: jeder Schritt vorwärts auf dem Weg zum Frieden hängt von der palästinensischen Autonomiebehörde ab; sie muss Reformen durchführen, sie muss die bewaffneten Gruppen auflösen und sie muss beweisen, dass sie mit Israel in friedlicher Koexistenz leben will.

Diese Übernahme der Vorstellungen des israelischen Premierministers ist auch in den **Medien** sehr spürbar; sie neigen dazu, die wirkliche Politik Israels vor Ort zu ignorieren, ihren repressiven und internationales Recht widersprechenden Charakter zu unterschätzen und die begangenen Kriegsverbrechen zu verheimlichen.
(…) Die Räumung des **Gazastreifens** während des Sommers 2005 war in dieser Hinsicht ein erbauliches Beispiel. Wochenlang haben die internationalen Medien ihre Scheinwerfer auf die einige tausend evakuierten Siedler gerichtet und sich lang und breit über deren Leiden sowie über die weinenden Soldaten ausgelassen, die die Räumung durchführen mussten. Wenige Journalisten haben daran erinnert, dass die „Besiedlung“ nach den Normen des Internationalen Strafgerichtshofes ein Kriegsverbrechen darstellt; dass viele dieser Siedler Fanatiker sind und bereit, auf palästinensische Zivilisten das Feuer zu eröffnen; dass Zehntausende Palästinenser aus Gaza im Laufe der letzten Jahre vertrieben wurden, ohne dass dies zu einer auch nur leisesten Gefühlsregung im Westen geführt hätte.
Schlimmer noch, die Räumung von Gaza wurde als eine bedeutsame „Geste“ von Ariel Sharon präsentiert. Sie hat ihm ermöglicht, sein Ansehen in den Vereinigten Staaten und in Europa zu stärken und hat ihm die Türen für einen offiziellen Staatsbesuch mit allen Ehren in Frankreich geöffnet. Dennoch **bleibt Gaza,** und daran erinnern die Vereinten Nationen, **ein besetztes Gebiet,** die israelischen Truppen fallen dort häufig ein – die israelische Regierung hat sogar unlängst beschlossen, auf palästinensischem Gebiet eine „Sicherheitszone“ zu errichten und vertreiben damit ein Teil der Bevölkerung… Auch die Drohung, den Strom für den gesamten Gazastreifen abzustellen, stellt eine Kollektivstrafe dar, die der Genfer Konvention widerspricht. Die amerikanische Organisation Human Rights Watch wies in einem Kommuniqué vom 23. Dezember 2005 darauf hin, dass eine solche Maßnahme eine Verletzung des Kriegsrechts darstelle, genauso wie die Maßnahme Tel Avivs, die zwischen dem 24. September und dem 12. November den 5000 palästinensischen Arbeitern verbot, israelisches Gebiet zu betreten und damit die Leiden der Bevölkerung noch verstärkte, die zu 68 % unter der Armutsschwelle lebt (1).

### Die Siedlungen breiten sich aus

**Mustafa Barghuti,** der im Januar 2005 bei den Präsidentschaftswahlen zur Palästinensischen Autonomiebehörde gegen Mahmoud Abbas antrat und rund 20 Prozent der Stimmen erhielt, veröffentlichte kürzlich einen Artikel mit dem Titel *"Die Wahrheit, die ihr nicht hören wollt" (2).* Darin zieht er Bilanz über die Situation vor Ort im Westjordanland und in Gaza, eine Bilanz - weit entfernt von der israelischen Version, „die in krassem Widerspruch zur Wirklichkeit steht", weit entfernt auch von dem Bild, das die meisten westlichen Medien vermitteln können. So **breiten sich die Siedlungen schnell weiter aus**. *"Die Gesamtbevölkerung der Siedler beträgt*

*jetzt 436.000: 190.000 in Jerusalem und 246.000 im Westjordanland. Nur 8.475, d.h. 2 Prozent dieser Gesamtzahl an illegalen Siedlern wurden aus Gaza und aus der Region um Dschenin evakuiert. Zu gleicher Zeit ist die Bevölkerung der Siedlungen im Westjordanland massiv um 15.800 gestiegen".*

Er erzählt auch vom **Alltagsleben im Schatten der Mauer**, die zum Beispiel eine Stadt wie Qalqilya total umschließt und die nur ein einziges Tor hat, zu dem die israelischen Soldaten den Schlüssel haben. *„Man braucht eine Erlaubnis, um durch das Tor zu kommen und es ist praktisch unmöglich, diese Erlaubnis zu erhalten. Selbst wenn man es schafft, muss man noch mit den speziellen Öffnungszeiten zurecht kommen. In der Region um Jayous darf man das Tor zu folgenden Zeiten passieren: zwischen 7h40 und 8h morgens, zwischen 14h und 14h15 und zwischen 18h45 und 19h. Insgesamt sind das 50 Minuten pro Tag und manchmal vergisst die Armee das Tor zu öffnen und die Schüler, die Lehrer, die Bauern, die Kranken und alle übrigen müssen warten ohne zu wissen wie lange".*

Die Folgen der Errichtung der Mauer für die Stadt Jerusalem wurden durch einen aktuellen **Bericht der Missionschefs der Europäischen Union** in Ost-Jerusalem bestätigt (3). Dieser Text zeigt unter anderem gewisse Richtlinien der israelischen Politik in der Heiligen Stadt auf:

- Die Umzäunung des Ostteils von Jerusalem, weit entfernt von der beim Waffenstillstand von 1967 vorgesehenen «Grünen Linie», ist fast vollendet;
- Private Betreiber und die israelische Regierung errichten neue illegale Siedlungen innerhalb von Ost-Jerusalem und rund um den Stadtteil herum;
- Ohne (fast unmöglich zu erhaltende) Baubewilligung errichtete palästinensische Häuser werden zerstört;
- Die Siedlung Maaleh Adoumim soll weiter ausgedehnt werden, was die vollständige Einkreisung der Stadt durch jüdische Siedlungen zur Folge hätte und das Westjordanland in zwei von einander getrennte Gebiete teilen würde.

Die Missionschefs der Europäischen Union weisen weiter darauf hin, dass „die Maßnahmen Israels in Jerusalem einen Bruch seiner mit der Unterzeichnung der Roadmap eingegangenen Verpflichtungen bedeuten sowie internationales Recht verletzen". Ergebnis dieser Feststellung? Die europäische Union hat mutigerweise beschlossen, **diesen Bericht nicht zu veröffentlichen.**..

## Die Palästinensische Autonomiebehörde ist kein Staat

**Amira Haas,** die ständige Korrespondentin der Tageszeitung Ha'aretz in den besetzten Gebieten, bekannt durch ihre mutigen Reportagen, kommentierte den Sieg der **Hamas** bei den Gemeindewahlen im Dezember 2005 im Westjordanland so: *„Der Sieg des Hamas bei den Lokalwahlen blühte auf einem fruchtbaren Boden. Die Leute haben die Lügen einfach satt, die sie dreizehn Jahre lang (seit der Unterzeichnung des Osloer Vertrages) ständig gehört haben: dass Oslo Frieden bedeute; dass die Schaffung einer palästinensischen Autonomiebehörde ein Sieg und ein Symbol sei und alle Niederlagen zunichte machen würde; dass die Autonomiebehörde ein Staat sei (4)."*

Damit will die Journalistin aber die Hamas keineswegs weiß waschen. Ihrer Meinung nach beruht die Propaganda der Hamas auf **drei Lügen**: die islamistische Bewegung behauptet, dass der Gazastreifen „befreit" wurde, wo es sich doch um das Resultat einer einseitigen israelischen Entscheidung handelt; dass diese Räumung das Resultat des „bewaffneten Kampfes" sei, wo doch *„die Selbstmordattentate die öffentliche Meinung in Israel nur empfänglicher für die unterschiedlichsten Formen der Kontrollübernahme im Westjordanland gemacht haben"*; dass die Parlamentswahlen im Januar 2006, an denen die Hamas sich beteiligen will, sich von den 1996er Wahlen fundamental unterscheiden würden, wo sie doch im selben Rahmen – dem des Osloer Vertrags – stattfinden werden.

Die Aufrufe zur Demokratisierung der Palästinensischen Autonomiebehörde erscheinen auch sinnlos. Bei den Präsidentschaftswahlen vom Januar 2005 war es klar, dass die **Europäische Union nur einen Sieger wünschte, nämlich Mahmoud Abbas**: die zahlreichen Versuche der Fatah auf die Wahlkommission Druck auszuüben wurden daher von den internationalen Beobachtern nicht angeprangert und auch nicht von den Medien aufgegriffen (5). Von nun an droht Javier Solana, Hoher Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, der palästinensischen Autonomiebehörde die Unterstützung Brüssels zu entziehen, falls die Hamas bei den Wahlen im Januar 2006 gewinnen sollte. Kurz gesagt: das Europa der Fünfundzwanzig akzeptiert das Wahlergebnis nur unter der Bedingung, dass die von ihr gewünschten Kandidaten gewinnen...

Warum soll man sich noch wundern, wo die **Europäische Union ja ihre Beziehungen mit Israel verstärkt**, dass sie viel eher bereit ist, Druck auf die Autonomiebehörde auszuüben als die Sanktionen auszuführen, die gemäß ihrem Assoziierungsabkommen mit Israel für den Fall von Menschenrechtsverletzungen vorgesehenen sind - und Menschenrechtsverletzungen sind in den besetzten Gebieten alltäglich. Dass sie die führende Politiker Israels empfängt um sie zur Fortsetzung ihrer Politik zu „ermutigen", obgleich dieser Weg zur direkten Annexion eines Großteils des Westjordanlandes und von Ost-Jerusalem führt. Es ist bedauerlich, dass **Frankreich** seine selbständige und deutliche Politik zu Gunsten der Rechte der Palästinenser aufgegeben hat. Frankreich empfängt wieder Ariel Sharon und nimmt die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet und in Sicherheitsfragen mit Israel wieder auf (6). Zahlreiche Minister, unter ihnen Nicolas Sarkozy, geben sich in Israel die Klinke in die Hand. Zwei französische Firmen bauen die Straßenbahn, die das Zentrum Jerusalems mit zwei im Osten der Stadt gelegenen jüdischen Siedlungen verbindet und leisten damit einen Beitrag zur israelischen Besatzungspolitik. Diese Strategie – Zeichen einer engeren Anpassung an die Politik der USA im Nahen Osten, vom Irak bis Afghanistan – widerspricht der über Jahrzehnte von der französischen Politik verfolgten Linie im israelisch-palästinensischen Konflikt.

**Der durch das Osloer Abkommen**

**eröffnete „Friedensprozess“ ist gestorben und begraben**. Möglich, dass er einen Weg zur Regelung (der palästinensischen Frage) hätte darstellen können, dass Chancen verpasst wurden. Wie es auch sei: man kann das Rad nicht mehr zurückdrehen. Soll man auf die Verwirklichung der **Roadmap**, auf den Sieg des Zentristen Ariel Sharon im nächsten März hoffen? **Nein** denn die Gleichung bleibt nach wie vor dieselbe: die Palästinenser leben **weiterhin unter der Besatzung**, ihr Alltag ist unerträglich, ihre Hoffnungen auf Unabhängigkeit werden verhöhnt.

Es ist illusorisch anzunehmen, dass die israelische Regierung in kommender Zeit den Kurs ändern wird, ohne dass von internationaler Seite beständig **Druck ausgeübt wird, das Internationale Recht und nichts als das gesamte Internationale Recht anzuwenden.** Der palästinensische Widerstand und die Mobilisierung des pazifistischen Teils der israelischen öffentlichen Meinung müssen durch internationale Sanktionen unterstützt werden.

Wie es Moustapha Barghouti verlangt: *„Eine Möglichkeit, diese Situation zu korrigieren ist, das zu tun, was im Falle Süd-Afrikas getan wurde: Sanktionen auferlegen. Ein wichtiger Aspekt wäre, die militärischen Verbindungen mit Israel, dem viertgrößten Rüstungsexporteur der Welt zu lösen. Wir brauchen eine* ***Bewegung militärischer Nicht-Zusammenarbeit****, die sich auf eine Rückführung von Investitionen auf diesem Gebiet konzentriert und die die* ***Wirtschaftsbeziehungen mit Israel*** *von der Einhaltung des Internationalen Rechts und der Anwendung der internationalen Resolutionen abhängig macht“*. Eine in diesem Sinne starke Bewegung ist in der angelsächsischen Welt entstanden. Das Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit Israel gibt Brüssel kraftvolle Mittel in die Hand, denn es sieht ausdrücklich die Möglichkeit vor, dieses Abkommen im Falle einer Nichtbeachtung des Artikels 2 aufzuheben: *„Die Beziehungen zwischen den Unterzeichnern wie auch alle Bestimmungen des vorliegenden Abkommens fußen auf dem Respekt der Menschenrechte und der demokratischen Prinzipien, welche ihre Innen- und Außenpolitik leitet und ein wesentliches Element dieses Abkommens bildet."*

Aus diesem Grunde hatte am 10. April 2002, gerade als im Westjordanland die Operation "Rempart" lief, eine starke Mehrheit des europäischen Parlaments die Kommission und den Rat aufgefordert, **das „Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit Israel auszusetzen“**. Vergeblich...

Wäre es nicht an der Zeit, auf die Maßnahme zurückzukommen, welche es der Europäischen Union ermöglichte, ihre Politik in Einklang mit ihren Verlautbarungen zu bringen, das Internationale Recht zum Durchbruch zu verhelfen und eine aktive Rolle im Nahen Osten zu spielen?

(1)http://hrw.org/english/docs/2005/12...

(2) Al-Ahram Weekly, Kairo, 1. – 7. Dezember 2005

http://www.zmag.de/artikel.php?id=1698

(3) http://www.juedische-stimme.de/

(4) Haaretz.com, 21. Dezember 2005.

(5) Eine ausgezeichnete Analyse von Roger Heacock befindet sich in: " Les élections palestiniennes" , Confluences Méditerranée, n°55 Herbst 2005, L'Harmattan.

(6) Im Dezember 2005 haben sich der israelische Minister für öffentliche Sicherheit Gideon Ezra und der israelische Polizeichef Moshe Karadi auf Einladung von Sarkozy vier Tage in Paris aufgehalten, um -laut Ha'aretz- die französische Polizei zu beraten, wie man mit Aufständen umgehen kann, wie sie in den französischen Vororten stattgefunden haben.

Erschienen auf der Webseite von Le Monde Diplomatique Frankreich , 3. 1.2006 http://www.monde-diplomatique.fr/dossiers/palestine/

*Von Jürgen JANZ und Josefine DUPORT übersetzt, coorditrad@attac.org*

*Alain Gresh ist der Autor des Textes „Die Position der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung zu Palästina“, den ATTAC Frankreich im Dezember 2002 verabschiedet hat ( in Sand im Getriebe Nr 14 erschienen)*

# Europäische Kampagne für Sanktionen gegen die israelische Besatzung

Als Mitglieder der Zivilgesellschaft eines EU-Mitgliedstaates fordern wir unseren Außenminister, den Rat der Europäischen Union und die Vereinten Nationen dringend auf, politische und wirtschaftliche Maßnahmen einschließlich Sanktionen zu ergreifen, um Israel an der Fortsetzung des Mauerbaus zu hindern und um es zu zwingen, das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 9.Juli 2004 respektieren.

Druck auf Israel ist erforderlicher denn je, wenn ein Frieden, der sich auf dem Völkerrecht gründet, erreicht werden soll. Deshalb fordern wir:

•die Aussetzung des EU-Israel-Assoziationsabkommens, solange es nicht möglich ist, eine völkerrechtsgemäße Anwendung des Abkommens zu erreichen. Dieses Abkommen begünstigt die Einfuhr israelischer Produkte in die EU und setzt die Einhaltung der Menschenrechte voraus,

•die vollständige Einstellung von militärischen Abkommen und militärischem Austausch mit Israel,

•von den EU-Mitgliedstaaten und der Weltbank, keine Forschung, Koordination oder Geldmittel zum Bau von Tunnel und Toren zu liefern, die die vom Mauerbau geschaffene Situation unterstützen.

Wir verlangen von Israel, ebenso wie von unserer Regierung, die Erfüllung der Verpflichtungen, die im Rechtsgutachten festgelegt sind und die die Grundsätze der Vierten Genfer Konvention und alle relevanten UN-Resolutionen bestätigen.

*Diese Petition wurde initiiert vom Europäischen Koordinierungskomitee der NGOs zur Palästina-Frage (ECCP). www.stopptdiemauer.de)*

**Attac Deutschland: Grundsätze zu der Situation in Palästina und Israel:**

(…) Unsere Haltung in der Palästina-Frage beruht auf folgenden Grundsätzen:

Einhaltung sämtlicher Palästina-Resolutionen, die bislang von der UNO verabschiedet wurden. Diese fordern den Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten, das prinzipielle Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, den Abbau der israelischen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten und die Lösung der Jerusalem-Frage.

Unterstützung des Rechts von Israelis und Palästinenser auf lebensfähige Staaten mit international garantierten Grenzen.

Solidarität mit den israelischen und palästinensischen Friedensbewegungen.

*(Aus der Erklärung des Ratschlags von Attac Deutschland im Oktober 2003)*

# Einige Hinweise auf Bücher, Internetadressen usw.

Noam Chomsky: Offene Wunde Nahost
Sophia Deeg: Ich bin als Mensch gekommen
Dr.S. Farhat-Naser: Thymian und Steine / Verwurzelt im Land der Olivenbäume
Alain Gresh: Israel-Palästina. Die Hintergründe des Konflikts
Amira Hass: Gaza - Tage und Nächte in einem besetzten Land
Felicia Langer: Zorn und Hoffnung / Quo Vadis Israel? / Laßt uns wie Menschen leben
Rupert Neudeck: Ich will nicht mehr schweigen
Ilan Pappe: Die ethnische Säuberung Palästinas
Marcel Pott: Schuld und Sühne im Gelobten Land
Edward Said: Das Ende des Friedensprozesses (über Oslo und weitere Abkommen)
Rolf Verleger: Israels Irrweg: Eine jüdische Sicht
Michael Warschawski: Im Höllentempo
An der Grenze (Autobiographie eines Gründers des AIC, pal.-isr. Organisation)
Ludwig Watzal: Feinde des Friedens

---

**Palästinensische Delegation in Deutschland:**
http://www.palaestina.org

**Viele Infos auf Deutsch unter:**
http://www.ism-germany.net/
http://www.falastin.de/nakba60/html/al_nakba.html
http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/index.html
http://www.zmag.de/thema.php?topic=4
http://www.fraueninschwarz.at/berichte.html
http://www.freunde-palaestinas.de/
http://www.friedensratschlag.de
http://www.stopptdiemauer.de/
http://www.juedische-stimme.de
http://www.jvjp.ch

**attac Bewegung:**
http://www.attac.de/aktuell/rundbriefe/sig/
http://www.attac.de/globkrieg/

**Palästinensische und israelische Organisationen**
www.pengon.org (Netzwerk der Palästinensischen Umwelt-NGOs)
http://english.wafa.ps/ (palestine news agency)
www.stopthewall.org
http://www.almubadara.org/new/english.php
http://www.refusersolidarity.net/default.asp
http://www.alternativenews.org (The Alternative Information Center, palästinensische-israelische Organisation)
http://www.taayush.org
http://www.btselem.org
http://www.gush-shalom.org
http://www.ICAHD.org
http://www.jewishfriendspalestine.org

**UNO**
http://www.un.org
http://www.ochaopt.org/
http://www.un.org/unrwa (UNO-Organisation für die palästinensischen Flüchtlinge)

**Fotos:**
http://stopthewall.org/news/photos.shtml
http://www.palaestina.org/images/bilder/mauer

**Videos:**
**http://stopthewall.org/news/video.shtml**

**Viele Karten unter**:
http://stopthewall.org/news/maps.shtml
http://www.palaestina.org/landkarten
http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/texte/Karten.htm
http://www.passia.org/images/pal_facts_MAPS
http://www.btselem.org/English/Maps/Index.asp

**Zeitungen**:
http://www.freitag.de http://www.haaretz.com
http://www.jungewelt.de
http://www.monde-diplomatique.fr
http://www.netzzeitung.de http://www.woz.ch/